



Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
Per Fax: 030/18400-1803

07. Dezember 2011

- Offener Brief -

Klimaschutz jetzt: Effizienz statt Kohlekraftwerke

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

erst neulich haben Sie im Bundestag mit Blick auf die UN-Klimaverhandlungen in Durban Ihr Bekenntnis zu dem Ziel erneuert, dass die globale Erwärmung nicht mehr als zwei Grad ansteigen darf. Deshalb darf die Klimakonferenz nicht an Zögerlichkeit und Pessimismus der EU und Deutschlands scheitern. Die Verhandlungen gehen jetzt in die entscheidende Phase, und Bundesumweltminister Röttgen muss sich in Durban innerhalb der EU-Delegation und gegenüber den Vertragstaaten des Kyoto-Protokolls mit aller Kraft für verbindliche und ehrgeizige Klimaziele der Industrieländer ab 2013 und das Aushandeln eines neuen Weltklimavertrags bis spätestens 2015 einsetzen. Dieser muss mit dem Kyoto-Protokoll vergleichbare verbindliche Regeln und Pflichten enthalten sowie die gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von Industrie- und Entwicklungsländer festschreiben. Ein neuer Weltklimavertrag darf nicht hinter die zentralen Grundsätze der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls zurückfallen. Ihre Regierung muss jetzt Führungsstärke beweisen, denn noch ist ein Erfolg in Durban möglich.

Dazu gehört unabdingbar, die deutsche und europäische Klimapolitik aus dem Würgegriff der klimaschädlichen Industrie zu befreien. Das heißt, die EU muss so bald wie möglich ihr nicht angemessenes CO₂-Reduktionsziel für 2020 von minus 20 auf mindestens 30 Prozent erhöhen und den europäischen Emissionshandel deutlich stärken. Andernfalls ist durch die mangelnde Wirksamkeit der EU-Klimapolitik auch das deutsche Klimaziel für 2020 in Gefahr.

Zu einer glaubwürdigen Klimapolitik gehört jedoch nicht nur ein starkes und verlässliches Engagement bei den UN-Klimaverhandlungen. Unabdingbar ist auch eine glaubwürdige nationale Klimapolitik. Diese bietet jedoch ein völlig widersprüchliches Bild. Während der Bundesumweltminister immerhin noch eine Anhebung des EU-Klimazieles fordert und sich für eine wirksame Effizienzpolitik und den Ausbau der Erneuerbaren Energien einsetzt, hintertreibt der Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler den Klimaschutz derzeit an drei entscheidenden Stellen:

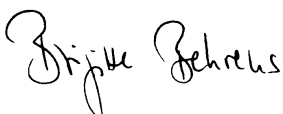
- 1.) Die europäische Effizienz-Richtlinie, die derzeit verhandelt wird, muss als Grundvoraussetzung verbindliche Vorgaben beinhalten, die zu einer absoluten

Einsparung beim Primärenergieverbrauch führen. Sonst kann das EU-Energieeinsparziel, das Sie unter deutscher Ratspräsidentschaft selbst durchgesetzt haben, nicht erreicht werden. Und sonst wird auch das dementsprechende deutsche Einsparziel, das Sie im Energiekonzept der Bundesregierung festgeschrieben haben, nicht erreicht werden. Minister Rösler aber will absolute Ziele in der Richtlinie relativieren und anstatt echter Einsparungen lediglich relative Effizienzsteigerungen festschreiben. Fast alle verbindlichen, d.h. wirksamen Maßnahmen wie das Anreizsystem für Energieeinsparungen will das Rösler-Ressort laut einer internen Stellungnahme streichen und möglichst sogar Industrie und Energiekonzerne gänzlich von Effizienzverpflichtungen befreien.

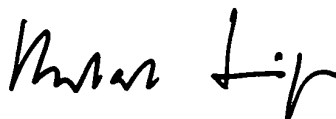
- 2.) Ihr Wirtschaftsminister setzt sich offensiv und sogar mit einer Werbe-Kampagne für den weiteren Neubau von Kohlekraftwerken ein. An Umweltverbände wie den BUND und Greenpeace appellierte er per Brief vom 11. November, ihren Widerstand gegen Kohlekraftwerke zu beenden. Dabei werden Kohlekraftwerke für die Energiewende hin zu einer Vollversorgung aus erneuerbaren Energien gar nicht benötigt. Im Gegenteil, sie würden den Ausbau der Erneuerbaren Energien aus technischen und wirtschaftlichen Gründen behindern. Auch mit den Klimazielen passen Kohlekraftwerke – ob mit oder ohne riskante CCS-Technologie – nicht zusammen: das klimapolitisch notwendige Ziel von 95 Prozent weniger Emissionen bis 2050 bedeutet, dass dann bei der Stromerzeugung nur noch etwa 16 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr freigesetzt werden dürften - so der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der Ihre Regierung berät. Allein die jetzt im Bau befindlichen zehn neuen Kohleblöcke werden jedoch schon rund 70 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr ausstoßen. Nach durchschnittlicher Laufzeit würden sie rund 45 Jahre am Netz bleiben. Deshalb muss Ihre Regierung, anstatt sich für Kohleverstromung stark zu machen, sicherstellen, dass als sinnvolle Übergangstechnologie ausschließlich moderne Gaskraftwerke errichtet werden können. Die seitens Ihrer Regierung geplanten Neubausubventionen für fossile Kraftwerke ab 2013 sind überflüssig und klimapolitisch die falsche Weichenstellung, da sie schlimmstenfalls sogar besonders klimaschädliche Kraftwerke wie das geplante Braunkohlekraftwerk in Profen, Sachsen-Anhalt, begünstigen.
- 3.) Ebenfalls mit Befremden haben wir zur Kenntnis genommen, dass Wirtschaftsminister Rösler und führende Politiker der Koalitionsfraktionen über eine Deckelung oder weitere Absenkung der Fördersätze für die Erneuerbaren Energien nachdenken. Das EEG ist ein Erfolgsmodell, und um die Energiewende zu beschleunigen, ist ein schneller Ausbau der Erneuerbaren nötig als bislang im Gesetz vorgesehen. Ein Gesetz, das erst zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft tritt, bereits wieder zur Disposition zu stellen, ist Gift für die wichtige Investitionssicherheit. Wenn die Bundesregierung das Ziel verfolgt, die EEG-Umlage nicht zu stark steigen zu lassen, sollte es darum gehen, Ausnahmen für die Industrie zu beseitigen und nicht darum, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu bremsen.

Greenpeace und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland rufen Sie daher auf, die Politik Ihrer Regierung wieder auf die im Koalitionsvertrag niedergelegten Klimaschutzziele zu verpflichten und klimapolitisch kontraproduktive Alleingänge einzelner Minister zu stoppen.

Mit freundlichen Grüßen



Brigitte Behrens
Geschäftsführerin Greenpeace



Prof. Hubert Weiger
Vorsitzender des BUND